

Analyse zum Richtungsstreit in der Schule

Zwischen Eliteförderung und Bildungsverlust

Die Schule hat es nicht leicht. Alle haben eine Meinung zur Schule. Alle fühlen sich qualifiziert, mitzureden. Dabei stellt die Gesellschaft stets Anforderungen an die Schule, denen eine historisch gewachsene Institution ein Stück weit hinterherhecheln muss.

Aktuell befindet sich die Schule in einem Richtungsstreit zwischen zwei Ideologien: Meritokratie versus Chancengerechtigkeit. Die Schulleitungen wollen eine Volksschule ohne Selektion. Die Lehrpersonen sind davon alles andere als begeistert – allen voran der Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland.

Wen soll die Schule fördern? Die Elite oder die Schwächsten? Politik und Wirtschaft möchten theoretisch beides. Doch in der Praxis hat die Leistungsgesellschaft wenig für die Schwächsten übrig, auch wenn sie sich deren Ausschluss weder sozial noch wirtschaftlich leisten kann.

So häufen sich empirische Befunde, die zeigen: Die

gläserne Decke existiert auch in der Schule. Der Bildungserfolg hängt systemisch vom familiären Hintergrund ab. Und: Die Schere zwischen den Stärksten und Schwächsten wird immer weiter. Am Ende der Volksschule beherrscht mittlerweile ein Viertel der Schüler nicht einmal die Grundkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen.

Wer soll diese Jugendlichen ausbilden und in den Arbeitsmarkt integrieren?

Eine Mehrheit der Lehrpersonen – auch in der Region Basel – sieht die Lösung in homoge-

nen Klassen. Sie glaubt, in einer Schule ohne Selektion (Aufteilung in verschiedene Leistungszüge) wäre eine bedarfsgerechte Beschulung nicht möglich. Sind die Bedürfnisse und Fähigkeiten zu verschieden, werde man niemandem gerecht, so die Argumentation.

Doch dabei werden zwei Realitäten ausgeblendet: Erstens gibt es keine wirklich homogenen Klassen. Dafür sind schon die Unterschiede innerhalb einer Altersgruppe zu gross. Zweitens ging es noch nie darum, eine Klasse zu unterrichten, sondern immer um die einzelnen Schülerinnen und Schüler.

Was sich geändert hat, ist die Anforderung, wie mit dieser Heterogenität umzugehen ist. Wenn eine Gesellschaft verlangt, dass alle integriert und optimal gefördert werden, muss sie auch die Bedingungen dafür schaffen. Insofern haben Lehrpersonen recht, wenn sie sagen, die integrative Schule sei gescheitert. Denn sie haben in Ausbildung und

Beruf nur begrenzt jene Ressourcen erhalten, die für eine gelungene Umsetzung nötig gewesen wären.

Der Kanton Baselland hat kürzlich an den Heilpädagogischen Schulen trotz wachsendem Bedarf die Ressourcen gekürzt. Auch an den Regelschulen fehlt es an Raum, Fach- und Lehrpersonen und vielerorts sogar an den Möglichkeiten, Klassenzimmer in Hitzeperioden adäquat herunterzukühlen. Kein Wunder, fühlen sich Lehrpersonen mit den Herausforderungen alleingelassen.

Nun aber aus Resignation auf mehr Separation und Selektion zu setzen, ist der falsche Reflex. Dass es um das Wohl der Kinder geht, wie allseits behauptet, scheint jedenfalls unglaublich bis realitätsfremd. Ein Vorwurf, den ironischerweise der Lehrerinnen- und Lehrerverein Baselland den Schulleitungen macht. Dabei kratzt der Verein auch wegen seiner Rhetorik an der Glaubwürdigkeit der Wissenschaft – nur, weil die

Studien nicht die eigene Wahrnehmung bestätigen.

Und die Wissenschaft sagt es deutlich: Nach der sechsten Klasse zu selektionieren, wenn 12- bis 13-Jährige gerade in die Pubertät kommen, ist entwicklungspsychologisch der denkbar schlechteste Zeitpunkt. Würden Kinder erst mit 15 oder 16 Jahren aufgeteilt, hätten sie Zeit, ihre Persönlichkeit und Fähigkeiten zu entwickeln, und ihr familiärer Hintergrund fiele bei der Leistungsbeurteilung weniger ins Gewicht.

Dass bei einer gemeinsamen Beschulung in der Oberstufe leistungsstarke Kinder durch leistungsschwache ausgebremst und letztere nur überfordert werden, mag ein subjektiver Eindruck im Klassenzimmer sein. Studien zeigen aber, leistungsschwache Kinder profitieren enorm, während es für leistungsstarke keinen signifikanten Unterschied macht.

Auch transnationale Wirtschaftsorganisationen wie die

OECD und die wirtschaftsnahen Bertelsmann-Stiftung in Deutschland appellieren für mehr Durchmischung und Aufstiegsmöglichkeiten in der Bildung. Denn auch sie haben erkannt, wie viel potenzielle Wertschöpfung dem Arbeitsmarkt verloren geht, wenn sozial benachteiligte Jugendliche nicht ihrem Potenzial entsprechend ausgebildet werden.

Die Schule mag sich langsam bewegen, sie hat aber schon bewiesen, dass sie zu Reformfähig ist. Wollen Wirtschaft und Politik, dass sich Lehrpersonen dieser Herausforderung stellen, sollten sie allerdings auch bereit sein, das nötige Geld dafür in die Hand zu nehmen. Das gilt insbesondere fürs Baselbiet.



Maria-Elisa Schrade
maria-elisa.schrade@chmedia.ch

ANZEIGE

**UNSER TRAUM:
EIN PLANET OHNE
ÜBERKONSUM.**

Gemeinsam für einen respektvollen Umgang mit der Natur.
Jetzt aktiv werden: greenpeace.ch/dreampeace

GREENPEACE